

Am 11.02.  
**DIE LINKE  
WÄHLEN!**

**Die Linke**

Friedrichshain-  
Kreuzberg

#01 klar.links

Jan/Feb 2024  
34. Jahrgang

Meine Sicht.



### Nein zur Aushöhlung des Asylrechts – Nein zu rassistischen Migrationsdebatten!

Nach langen Verhandlungen ist die Einigung im Europäische Parlament zum sogenannten Gemeinsame Europäischen Asylsystem (GEAS) verkündet worden. Es bedeutet die Inhaftierung und Zurückweisung von Geflüchteten und Auslagerung von Asylverfahren an die europäischen Außengrenzen, wo es keine fairen Verfahren geben wird. Damit wird das Recht auf Asyl in Deutschland und der EU ausgehöhlt, das als Lehre aus der NS-Zeit eingeführt wurde, wo verfolgte Jüd\*innen nirgends aufgenommen wurden. Die Bundesregierung stimmt dem nicht nur zu, sondern aus ihren Reihen wird Stimmung gegen Menschen mit Migrationsgeschichte gemacht. Der Bundeskanzler spricht von der Notwendigkeit im »großen Stil abzuschieben«. FDP-Vize Kubicki instrumentalisiert Nahostdebatten für rassistische Diskurse und fordert den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in Stadtteilen auf 25 Prozent zu begrenzen. Und letztlich stimmt selbst die als eher links geltende Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang für das GEAS und damit die Entrechtung Geflüchteter. Bei so einer Diskurslage ist es nicht verwunderlich, dass die Zustimmungswerte der AfD steigen. DIE LINKE ist aktuell die einzige Kraft im Bundestag und allen Parlamenten, die sich gegen diese Asylrechtsverschärfung und rassistische Migrationsdebatten stellt. Das sie im Bundestag als antirassistische und antifaschistische Stimme hörbar bleibt, ist daher essentiell.

Elif Eralp, Mitglied im Abgeordnetenhaus für DIE LINKE

## Haushaltskrise: **Teuer wird's!**



Seitdem das Bundesverfassungsgericht im Oktober die Haushaltstricksereien von SPD, Grünen und FDP stoppte, klappt ein Milliardenloch in den Haushaltsplanungen der Ampel. Sofort stand damit auch die Frage im Raum: Wer muss dafür eigentlich jetzt zahlen?

Die FDP versprach prompt, dass es keine Steuererhöhungen gibt. Die Grünen versprachen, dass der Klimaschutz nicht leidet. Und der Kanzler selbst versprach: kein Abbau des Sozialstaats. Dann verkündeten Olaf Scholz, Christian Lindner und Robert Habeck ihren Deal. Und inzwischen ist klar: alle drei Versprechen werden gebrochen.

Beim Bürgergeld (»Hartz IV«) soll ausgerechnet bei denjenigen gekürzt, die eine Weiterbildung machen. Der Griff in die Kassen der Renten- und Arbeitslosenversicherung wird zu weiteren Kürzungen für die Versi-

cherten nach sich ziehen. Deutsche Post und die Deutsche Telekom sollen weiter privatisiert werden. Und Investitionen, um die Wirtschaft klimaneutral und damit zukunftsfähig zu machen, werden massiv gekürzt.

Vor allem aber ist der Ampel-Deal ein Preistreiber im Alltag. Die drastische Erhöhung der CO2-Steuer machen Heizen, Mobilität und auch Abfallentsorgung teurer. Und das, ohne dass es den versprochenen sozialen Ausgleich gibt. Die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer auf Gas, Fernwärme und in der Gastronomie wird zu zusätzlichen Preissprüngen führen. Weitere Kostentreiber kommen hinzu.

Auf eine Familie mit einem Durchschnittseinkommen dürften so mindestens 500 Euro an Mehrkosten im Jahr zukommen. Kurzum: SPD, Grüne und FDP wälzen die Folgen des eigenen Versagens auf die Masse der Verbraucher\*innen ab.

Das alles wäre nicht notwendig – wenn die Ampel einen klaren Kompass hätte. Die krisenbedingten Mehrausgaben könnten durch ein zeitlich begrenztes Aussetzen der Schuldenbremse aufgefangen werden. Und die dringend notwendigen Investitionen könnten über Kredite finanziert werden, wenn die Schuldenbremse zumindest reformiert würde. Denn wer Zukunft will, muss massiv investieren: in Schulen, in Krankenhäuser, in die Verkehrsinfrastruktur und in eine Wirtschaft, die zukunftsfähig ist.

Dafür muss auch nicht der Sozialstaat geschröpft werden, wenn endlich die wachsende Zahl an Milliardären und Multimillionären in unserem Land gerecht besteuert wird. Doch davon bei der Ampel keine Spur: Die Vermögenssteuer auf millionenschwere Vermögen bleibt weiter ausgesetzt. Erben milliardenschwerer Vermögen zahlen darauf weiter kaum Steuern. Und von den jüngsten, milliardenschweren Änderungen bei der Einkommensteuer profitieren mal wieder die absoluten Spitzenverdiener am meisten.

Das alles zeigt: Diese Ampelregierung ist weder sozial noch macht sie unser Land zukunftsfähig, während die Opposition rechts davon diese Entwicklung sogar noch weiter verschärfen will. Einzig DIE LINKE hält weiter konsequent dagegen und kämpft für einen solidarischen Weg aus der aktuellen Krise.



Pascal Meiser,  
Mitglied des  
Deutschen  
Bundestages

# Wir fordern: Planungsrecht für Galeria-Karstadt am Hermannplatz zurück!

Das Immobilienimperium des österreichischen Milliardärs René Benko ist pleite. Die Signa Holding meldete in Österreich Insolvenz an. Das undurchsichtige Schachtelwerk aus mehr als 1000 GmbHs könnte schneller in sich zusammenfallen, als man denkt. Nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Insolvenzen ist nun auch wieder Galeria bedroht. Die Warenhaus-GmbH ist Teil des Handelszweiges von Signa Retail, die sich vom Insolvenzverfahren abtrennt und bis Anfang April 2024 Zeit hat, sich selbst abzuwickeln oder eventuell Galeria zu verkaufen. Galeria hat Liquiditätsprobleme, da vom Mutterkonzern zugesagte Finanzhilfe nicht mehr zu erwarten sind. Was die Insolvenz auch offenbart: Jahrelang benutzte Signa die eigene Warenhauskette, um mittels überhöhter Mieten die Immobilienwerte nach oben zu treiben. Je höher die Mieteinnahmen, desto höher der Buchwert der Immobilie, desto höher die Attraktivität für Kreditgeber und Investoren. Doch die schnelle Expansion des Immobilienkonzerns stand auf tönernen Füßen. Die Zinswende läutete das Aus ein. Die EZB intervenierte und drängte bei Banken auf eine Überprüfung der hinterlegten Sicherheiten und auf einen Vergabe-



A. Savin/WikiPhoto.Space

stop. Das entzog Benkos Geschäftsmodell endgültig den Boden. Sein Bemühen, internationale Finanzzocker mit frischem Geld in sein Imperium zu locken, damit anstehende Kreditablösungen getätigt werden können, scheiterte. Was wird nun aus Karstadt am Hermannplatz? Man kann derzeit keine gesicherte Prognose tätigen. Man kann nur an Voraussetzungen arbeiten, die eine Perspektive ermöglichen. In der BVV Friedrichshain-Kreuzberg sind dafür die Weichen gestellt. Sie forderte am 29.11.23 in einer Resolution der Linken (DS/0962/VI)

den Senat auf, das Planungsrecht wieder an den Bezirk zu geben, damit dieser ein städtebaulich vertretbares Konzept entwickelt, das den Warenhausstandort sichert und das gewerbliche und soziale Umfeld einbezieht. Der Senat weigert sich bisher, das jetzige Planungsverfahren für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan von Signa einzustellen, obwohl der Vorhabenträger klinisch tot ist. Die Option, den überdimensionierten Mammutbau aufrecht zu erhalten, treibt lediglich den Bodenwert hoch,

was nur Signa nutzt. Mitte Dezember beauftragt die BVV das Bezirksamt mit einem Dringlichkeitsantrag der Grünen und Linken selbst Szenarien zu entwickeln, die den Standort für ein Warenhauses respektive umfassenden Einzelhandel für ein gemischtes Publikum erhalten, eine Personalübernahme ermöglichen sowie Zusatzangebote für Bedarfe aus dem umliegenden Kiez implizieren. Ermöglicht würde dies automatisch, wenn der Senat das umstrittene Planungsverfahren einstellt, das die Handschrift von Signa trägt. Vielleicht hat Galeria am Hermannplatz eine Zu-

kunft, Signa sicher nicht. Der Bezirk braucht den zentralen Einzelhandelsstandort und will realitätstaugliche Planungen vorlegen, die nicht Investorenträume füttern, sondern sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, die im Kiez leben und arbeiten.



Gaby Gottwald,  
Mitglied der BVV für  
DIE LINKE

## CDU und SPD lassen die Bombe platzen

Kurz vor Weihnachten drückt Bürgermeister Wegner den Berliner Bezirken den Kürzungshammer rein. Wegen einem kleinen Buchungstrick stehen jetzt im Bezirk ganze Einrichtungen für Jugendliche, Senioren und in der Drogen- und Obdachlosenhilfe infrage. Nicht oder nur kurz nicht besetzte Personalstellen müssen mit dem neuen Haushalt 2024 sofort gestrichen werden. Einmal gestrichene Stellen kommen in Zeiten knapper Kassen nicht einfach wieder. Das weckt Erinnerungen an dunkle Zeiten. Noch immer leiden wir Berliner\*innen unter dem Personalmangel in der Verwaltung: lange Wartezeiten in den Bürgerämtern und bei Anträgen treiben uns schier in

den Wahnsinn. Bei der CDU wundert das wahrscheinlich niemandem, aber insbesondere die SPD hat dieses Projekt vorangetrieben. Vor allem soll diese Maßnahme dem Land Geld sparen. Da jede Stelle jetzt automatisch wegfällt, bekommen die Bezirke aber automatisch weniger Geld. Schon jetzt fehlt das Geld bei uns besonders die für Schulen und bei den Straßen. Auch in der Sozialhilfe und bei der Betreuung von Obdachlosen und Drogensüchtigen fehlt massiv Geld. Das zeigt sich bei uns auch im Stadtbild. Immer mehr Obdachlose und Drogensüchtige sind gezwungen sich in der Öffentlichkeit aufzuhalten, weil die Räume fehlen. Ebenso betroffen sind wahrscheinlich

Senioren- und Jugendeinrichtungen. Ausgerechnet hier muss der Bezirk nun wahrscheinlich sparen. Weitere Kürzungen im Land stehen darüber hinaus an. Statt hier politische Schwerpunkte zu setzen, hat die Berliner Landesregierung ihrer Verwaltung Sparvorhaben gegeben. Die Konsequenzen ihrer Entscheidungen sind in diesen Bereichen bis heute nicht absehbar. Klar ist nur, sie kommen. Dass Bürgermeister Wegner den Berliner\*innen das nun ausgerechnet zu Weihnachten zumuten will, ist mehr als dreist. Wegner und Giffey haben den Berliner\*innen versprochen, dass Berlin wieder besser funktionieren soll.

Jetzt machen sie genau das Gegenteil. Als LINKE werden wir uns mit aller Kraft gegen dieses vergiftete Weihnachtsgeschenk stellen. Probleme müssen angegangen werden, aber das geht nicht mit Kürzungen bei wichtiger Infrastruktur. Wir brauchen Schulplätze, Hilfe für Obdachlose und Drogensüchtige und natürlich auch Orte für Jung und Alt, damit dieser Bezirk lebenswert bleibt.



Janis Ehling,  
Mitglied der BVV für  
DIE LINKE



# SEZ – Glückliches Ende?



Das SEZ im Jahr 1987 aus der Vogelperspektive

Die zu DDR-Zeiten beliebteste Sport- und Freizeiteinrichtung im Ostteil Berlins, das Sport- und Erholungszentrum, kurz SEZ, gehört nun wieder dem Land Berlin. Mit der jüngsten Entscheidung des Bundesgerichtshofes zugunsten des Landes Berlin, scheint der jahre-

lange Rechtsstreit um das SEZ beigelegt. Angefangen hatte dieser wie folgt: Der Berliner Liegenschaftsfonds veräußerte den beliebten Sport- und Schwimmstandort im Herzen von Friedrichshain im Jahr 2002 für einen symbolischen Euro an einen privaten Investor, da das Land Berlin nicht

über ausreichende finanzielle Mittel zur Sanierung des Objektes und zur Aufrechterhaltung des Badebetriebes verfügte.

Der Investor verpflichtete sich den Schwimm- und Freizeitbetrieb im SEZ wieder herzustellen, scheiterte jedoch und konnte seine Zusagen, trotz ständiger Versprechungen, nicht erfüllen.

Im Jahr 2016 machte der Senat von Berlin sein Wiederkaufsrecht geltend und klagte gegen den Investor vor dem Landesgericht, das in erster Instanz dem Investor Recht gab. Das Kammergericht schätzte im Mai 2022 die Lage anders ein und entschied im Sinne des Landes Berlin. Der Investor zog dagegen vor den Bundesgerichtshof – erfolglos.

Diese Entscheidung ist nicht nur der Gewinn eines Rechtsstreits durch das Land Berlin, sondern auch der Sieg öffentlicher Interessen gegenüber Investoreninteressen. Es wird zwar keine Rettung des, derweil sehr maroden, SEZ geben, jedoch den

Bau von ca. 500 Wohnungen, die nunmehr durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft vorrangig als Sozialwohnungen gebaut werden. Geplant ist auch ein dringend notwendiger Schulneubau. Außerdem sollen auf der Fläche weiterhin sportliche Aktivitäten ermöglicht werden. DIE LINKE wird darauf drängen, dass der Senat nun umgehend handelt. Es muss sofort geklärt werden, welche Wohnungsbaugesellschaft am SEZ für bezahlbaren Wohnraum sorgt und gleichzeitig muss schnell geprüft werden, wie die Sportangebote gegenüber der Planung erweitert werden können. Der Schulbau muss zügig in Angriff genommen werden. Als Mitglied des Abgeordnetenhaus für DIE LINKE habe ich dafür gesorgt, dass der Senat hierzu kurzfristig berichten muss. Das Areal muss so schnell wie möglich endlich wieder den Berliner\*innen zu Gute kommen.



Steffen Zillich, MdA, Linksfraktion

## Von Berlin nach Europa.

**Wir machen uns bereit für den EU-Wahlkampf und schlagen ein neues Kapitel auf.**



Nach der Wiederholung der Bundestagswahlen in Berlin am 11. Februar, startet DIE LINKE gleich in den nächsten Wahlkampf. Es geht um Europa und es geht darum, ob wir Richtung Gerechtigkeit und Zukunft abbiegen oder direkt in der Sackgasse landen. Denn die Ampelparteien zeigen, dass sie wenig Lösungen anzubieten haben, wenn es darum geht, die Wirtschaft zukunftsfähig umzubauen oder etwas gegen die immer noch hohen Preise für Lebensmittel,

Energie und Mieten zu tun. Die CDU singt im Chor mit der AfD, wenn es darum geht, die ewig gleichen Sündenböcke für ihre verfehlte Politik zu finden, ob Geflüchtete oder Sozialhilfebezieher. Dabei unterschlagen alle, dass das Grundübel für viele soziale Missstände die ungerechte Verteilung von Reichtum, Eigentum und Zeit ist. Als LINKE wollen wir all das umverteilen: von Profiten zu den Löhnen, von Millionären zu den Millionen Menschen, die wenig haben

und von Arbeits- zu Lebenszeit. Wir machen auch nicht mit bei der Hetze gegen Menschen, die vor Krieg und Elend nach Deutschland fliehen. Deshalb stand unser Europaparteitag unter dem Motto »Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. #nurmitlinks«. Wenn alle anderen Parteien nach rechts marschieren, dann bleiben wir links. Und die Stoßrichtung unseres Wahlprogramms ist klar: Wir kämpfen für eine Übergewinnsteuer auf die Krisengewinne der Konzerne, höhere Steuern für Superreiche und eine Vermögensabgabe für Milliardäre. Es gibt kein Recht auf Profit. Aber es gibt ein Recht auf Wohnen, auf Nahrung und auf Energie. Wir fordern eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde und die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz.

Wir ziehen mit einem schlagkräftigen Spitzenteam in den Europawahlkampf. Mit unserem Parteivorsitzenden Martin Schirdewan, der Ökologin Carola Rackete, der Gewerkschafterin Özlem Demirel und dem Sozialmediziner Gerhard Trabert. Wir haben unsere Europalisten auch für Nicht-Mitglieder geöffnet, weil wir glauben, dass eine glaubwürdige Partei immer ein Standbein in der Gesellschaft haben muss und sich nicht für egoistische Interessen verkaufen darf. Deshalb sind wir

auch für ein Verbot von Lobbyspenden und nehmen selbst auch keinen Cent von Unternehmen an. Jetzt geht es um viel und es geht um uns alle. Wir wollen unserer Rolle wieder besser nachkommen, im Parlament und auf der Straße eine Stimme derjenigen zu sein, die von der Politik viel zu oft vergessen werden. Nach den jahrelangen innerparteilichen Auseinandersetzungen und Streits, hat der Europaparteitag auch gezeigt, dass wir den Blick nun nach vorn richten. Dazu gehört auch eine neue Mitgliederkampagne »Eine Linke für alle«, die Menschen aus Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zusammen mit der LINKEN entwickelt haben, um alle einzuladen, die Rechtsruck und Sozialabbau etwas entgegensetzen wollen. Wir laden auch dich und Sie herzlich ein.



Kerstin Wolter, Co-Vorsitzende der Linken Friedrichshain-Kreuzberg



**»Eine Linke für alle«**

<https://eineinlinkefueralle.de/>



# Pascal Meiser

Ihr Bundestagsabgeordneter  
für Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost



Geboren wurde ich 1975 im Saarland, doch inzwischen bin ich seit über 25 Jahren in Friedrichshain-Kreuzberg zuhause. Nach Abschluss meines Studiums arbeitete ich für eine Gewerkschaft, war als wissenschaftlicher Referent tätig und organisierte politische Kampagnen, zum Beispiel für mehr Personal in der Pflege. Auch in meinem Wahlkreis bin ich seit vielen Jahren aktiv: an der Seite der vielen Mieterinitiativen genauso wie im ältesten Kreuzberger Fußballverein FSV Hansa 07. Ich bin zudem Mitglied des Berliner Mietervereins, der Volkssolidarität sowie von Pro Asyl, ver.di, dem VVN-BdA und bei weiteren Vereinen und Gewerkschaften. Dem Deutschen Bundestag gehöre ich seit 2017 an. Dort kämpfe ich seitdem für höhere Löhne, für bezahlbare Mieten, für sozial gerechten Klimaschutz und eine Wirtschaft, die den Menschen dient und nicht umgekehrt.

»  
Löhne rauf,  
Mieten runter –  
dafür kämpfe ich!  
«

Miteinander ins Gespräch zu kommen und zu wissen, was die Menschen in meinem Wahlkreis bewegt, ist mir ein Herzensanliegen. Als Bundestagsabgeordneter setze ich alles daran, meinem Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost eine starke linke Stimme im Bundestag zu geben.

Dafür bitte ich Sie bei der Wahl am 11. Februar um Ihre persönliche Unterstützung mit Ihren beiden Stimmen für mich und meine Partei DIE LINKE.

## Dafür stehe ich:

### Mieter\*innen wirksam schützen



Gemeinsam mit den vielen Mieterinitiativen in unserer Stadt kämpfe ich dafür, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Ich setze mich dafür ein, dass die Bundesregierung für eine wirksame Deckelung der explodierenden Mieten sorgt und kleine Gewerbetreibende sowie soziale Einrichtungen vor Verdrängung schützt. Zudem will ich, dass der soziale Wohnungsbau wieder angekurbelt und bezahlbarer Wohnraum dauerhaft durch die öffentliche Hand gesichert wird. Deshalb unterstütze ich auch von Anbeginn an das Volksbegehren »Deutsche Wohnen und Co. enteignen«.

### Ausbeutung und Armut bekämpfen



In Berlin leben viel zu viele Menschen in Armut. Deshalb setze ich mich für eine gute soziale Absicherung für alle ein und für Renten, von denen man auch im Alter gut leben kann. Ich finde, wenn inzwischen selbst Menschen, die hart arbeiten, in Armut leben müssen, läuft etwas gewaltig schief in unserem Land. Deshalb kämpfe ich für gute Arbeit und für Löhne, von denen man mit seiner Familie leben kann.

### Aufrüstung stoppen



Weltweit steigt der Trend zur Aufrüstung. Auch die Bundesregierung mischt kräftig mit und will die Rüstungsausgaben weiter erhöhen, während bei Bildung, Sozialem und Gesundheit an allen Ecken und Enden das Geld fehlt. Für mich ist klar: Diese krasse Fehlentwicklung muss gestoppt werden.

### Klima schützen



Der Schutz des Klimas ist eine der zentralen Zukunftsfragen, wenn wir wollen, dass unser Planet für künftige Generationen lebenswert bleibt. Ich setze mich für konsequenten Klimaschutz ein, der aber nicht zu Lasten derjenigen gehen darf, die eh schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Das geht nur mit umfassenden öffentlichen Investitionen in die Energiewende und klimafreundliche Mobilität.

### Mein Team und ich sind für Sie da:



Zeughofstraße 22  
10997 Berlin  
pascal.meiser.wk@bundestag.de  
030 695 079 24

Sie wollen über meine Arbeit auf dem Laufenden bleiben? Dann schauen Sie doch einfach ab und an auf meiner Webseite vorbei: [www.pascal-meiser.de](http://www.pascal-meiser.de)

Oder folgen Sie mir gerne auch in den sozialen Medien:

@pascalmeiser

@pascalmeiser361

pascal.meiser.36

## Reichtum umverteilen



1. Gerechtere Einkommensteuer und Erbschaftssteuer einführen
2. Vermögensteuer für Multimillionäre und Milliardäre
3. In die öffentliche Infrastruktur investieren
4. Gute Arbeit und öffentliche Beschäftigung schaffen
5. Eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.200 Euro statt Bürgergeld
6. Steuerflucht unterbinden

## Schluss mit teuer!



1. Wirksames Entlastungspaket, vor allem für kleine Einkommen
2. Gaspreisdeckel einführen
3. Verbot von Strom- und Gassperren
4. kommunale Gasversorger unterstützen, Übergewinne besteuern
5. Erneuerbare Energien schnell ausbauen

## Gute Arbeit, die zum Leben passt



1. Mindestlohn auf 15 Euro erhöhen
2. Tarifverträge allgemeinverbindlich machen
3. Unbefristeter Arbeitsvertrag von Anfang an
4. Sozialversicherung in jedem Arbeitsverhältnis
5. Kein Lohndumping mit Leiharbeit
6. Werkverträge nicht als Billigarbeit

## Bezahlbares Wohnen für alle



1. Bundesweiter Stopp für Mieterhöhungen und Obergrenzen für die Mieten, auch für Gewerbemieten.
2. 250.000 Sozialwohnungen pro Jahr schaffen
3. Keine Spekulation mit Wohnraum an der Börse
4. Modernisierungumlage abschaffen
5. Neue Wohngemeinnützigkeit einführen
6. Zweckentfremdung von Wohnraum stoppen

**Eine bessere Welt ist möglich – und wir kämpfen dafür.**

## Klimaschutz gerecht und sozial



1. Treibhausgas-Ausstoß so schnell wie möglich herunterfahren und bis 2035 klimaneutral sein
2. Erneuerbare Energien ausbauen
3. Raus aus der Kohle. Spätestens 2030 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz
4. Strukturwandel anpacken und Arbeit sichern
5. Landwirtschaft umbauen und regionale Kreisläufe stärken
6. Einen einheitlichen Tarif im ÖPNV von nicht mehr als 1 Euro pro Tag

## Bildung: Gerechte Chancen für alle Menschen



1. In Bildung investieren: Kitas ausbauen, Schulen sanieren, flächendeckende Ganztagsbetreuung und bessere Inklusion
2. 100.000 Lehrkräfte und 200.000 Erzieher\*innen mehr
3. Keine Gebühren im öffentlichen Bildungssystem
4. Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen
5. BAföG, das zum Leben reicht

## Frieden schaffen: Verhandlungen statt Waffenexporte



1. Wir wollen alle Rüstungsexporte aus Deutschland verbieten
2. Wir wollen die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückholen – und sie in keine neuen schicken
3. Kein Werben fürs Sterben – Wir lehnen Werbung der Bundeswehr an Jobcentern, Schulen und Hochschulen ab
4. Abrüsten und in den Frieden investieren

# Kein Kyivplatz für FHain-XBerg

Im Oktober 2022 stellte die BVV-Fraktion der CDU einen Antrag unter dem Titel »Ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine – Kyivplatz in Friedrichshain-Kreuzberg benennen«. In der Sitzung des für solche Themen zuständigen Ausschusses für Kultur und Bildung war sogar der ukrainische Botschafter Oleksii Maikaev zugegen. Bereits im Juli 2022 hatte die

damaligen Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey, die Bezirke aufgefordert, Straßen und Plätze nach Orten in der Ukraine zu benennen. Schon damals gab es zwischen dem Bezirksamt und den großen Fraktionen der BVV Übereinkunft, dass konkrete Hilfsangebote das Beste für Geflüchtete aus der Ukraine seien. Unsere Ämter leisteten schnell und unbürokratisch Hilfe, es gab viele offene Informationsveranstaltungen für unsere Bürger\*innen und etliche Bezirksverordnete brachten sich auch privat ein in die Unterstützung. So leisteten wir gemeinsam Solidarität. Und tun es weiter. Vor den kriegsrischen Auseinandersetzungen in der Ukraine nach dem völkerrechtswidrigen Überfall

Russlands darf niemand die Augen verschließen. Aber was ist mit all den anderen Kriegen auf dieser Welt? Die wir oftmals ausblenden, weil sie nicht vor unserer Haustür stattfinden. Müssen wir nicht, wenn wir es ernst meinen mit dieser Symbolik, leider regelmäßig die Benennung von Straßen und Plätzen nach aktuellen Kriegsschauplätzen fordern? Es darf nach Meinung unserer Fraktion da nicht mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen werden. Wir lehnen den Antrag der CDU-Fraktion ab. Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang, dass der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Bundestag aktuell gefordert hat, die Zahlung von Bürgergeld an neu ankommende Geflüchtete aus der

Ukraine einzustellen. Davon hat der ukrainische Botschafter hoffentlich Kenntnis erhalten. Wir haben in der Debatte in der BVV sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Form der Solidarität dringend erhalten werden muss.



Regine Sommer-Wetter, Mitglied im Kulturausschuss der BVV für DIE LINKE

## Wiederaufbauhilfe Spendenaufruf für unsere Partnerstadt Dêrik

Seit 2019 hat der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg auf Initiative der LINKEN im Bezirksparlament eine offizielle Städtepartnerschaft mit der Stadt Dêrik in Nordsyrien. Es ist die erste offizielle Städtepartnerschaft Deutschlands mit einer Stadt in der demokratisch verwalteten Region in Nord- und Nordostsyrien.

Der Städtepartnerschaftsverein Friedrichshain-Kreuzberg – Dêrik e.V. hat seit seinem Bestehen schon mehrere Projekte in unserer Partnerstadt realisiert. Auf der Homepage ([www.staepa-derik.org](http://www.staepa-derik.org)) der Städtepartnerschaft kann man sich über Projekte, aktuelle Veranstaltungen und News aus Dêrik informieren.

### ■ Oktober 2023: Türkische Kampfflugzeuge und Drohnen zerstören zivile Infrastruktur in Nord- und Nordostsyrien

Anfang Oktober bombardierte das türkische Militär die zivile Infrastruktur im Gebiet der Selbstverwaltung von Nord- und Nordostsyrien. Große Teile der Infrastruktur wurden beschädigt: die Wasser- und Energieversorgung, Krankenhäuser und Schulen, Ölfelder, Fabriken und Warenlager. Wieder sind die Menschen in Dêrik und den umliegenden Dörfern ohne Wasser und Strom. Das Corona-Krankenhaus in Dêrik wurde komplett zerstört.

### ■ Zerstörung des Gaskraftwerks Suweida

Das einzige, noch funktionierende Kraftwerk in Nordostsyrien versorgte bisher die gesamte Region mit Gas und Strom. Gleichzeitig war es auch Abfüllstation für die Gasflaschen der Haushalte. Schon im November 2022 wurde das Kraftwerk durch türkische

Luftangriffe schwer beschädigt. Nun hat der Winter begonnen und die Bevölkerung hat kein Gas zum Kochen oder Heizen.

### ■ Helft mit Spenden beim Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur: Reparatur von 3 Schulen in Dêrik

In der Videokonferenz Anfang Dezember hat der Städtepartnerschaftsverein mit den Ko-Bürgermeister\*innen vereinbart, dass er die Instandsetzung von 3 Schulen, die durch das Erdbeben beschädigt wurden und in einem sehr schlechten Zustand sind, finanziert. Da die Selbstverwaltung und die Stadtverwaltungen nun fast alle verfügbaren finanziellen Mittel in die Instandsetzung der zerstörten Wasser- und Stromversorgung investieren, gibt es kein Geld mehr, um zum Beispiel in Dêrik die baufälligen Schulen instand zu setzen. Die Schulen sind in einem erbärmlichen Zustand: die Dächer sind undicht, die Fensterrahmen verrotten, Risse in den Wänden



### Bitte spendet an:

**Städtepartnerschaft Friedrichshain-Kreuzberg – Dêrik e.V.**  
IBAN: DE54 4306 0967 1225 6804 00  
BIC: GENODEM1GLS, GLS Bank  
**Verwendungszweck: »Wiederaufbau«**

vom Erdbeben im Februar, es gibt kaum Schulbänke und keine Heizmöglichkeit in den Schulräumen. Der Städtepartnerschaftsverein möchte die 3 Schulen zu einem schönen, freundlichen Lernort für die Kinder machen. Schulen gehören auch zur zivilen Infrastruktur und sollten trotz der ständigen Bedrohungen den Kindern einen freundlichen, friedlichen Lernort bieten.

### ■ Zermürbung der Zivilbevölkerung

Die Angriffe auf das Gebiet der Selbstverwaltung gehen unvermindert weiter, es vergeht kaum ein Tag ohne Drohnen- oder Artillerieangriffe. Die seit Jahren andauernden mal mehr oder weniger heftigen Angriffe zermürben die Zivilbevölkerung. Immer wieder werden Menschen zu Binnenflüchtlingen, weil sie wegen der An-

griffe evakuiert werden müssen. Die Bombardierungen, das Rundum-Embargo und die hohe Inflation treiben immer mehr Familien zur lebensgefährlichen Flucht nach Europa.

### ■ Sorgen wir mit für eine Bleibeperspektive

Wir möchten der Bevölkerung unserer Partnerstadt beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur helfen. Ihre Bemühungen um den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft verdienen unsere Unterstützung.



Elke Dangeleit, Mitglied der BVV für DIE LINKE

## Schlechter Scherz:

# Magnetschwebbahn für Berlin

Eine Magnetschwebbahn für Berlin geisterte vor einigen Wochen durch die Presse und viele Menschen fragten sich, ob es sich dabei um einen verspäteten Aprilscherz handeln könnte. Aber tatsächlich beschäftigt sich derzeit eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Senatskanzlei allen Ernstes mit den Einsatzmöglichkeiten einer Magnetschwebbahn in Berlin. »Die Magnetschwebbahn ist eine innovative Verkehrsidee, welche ein weiteres Verkehrsmittel im Berliner ÖPNV-Netz sein könnte.« So eine Sprecherin der Verkehrsverwaltung. Unser Senat verfolgt halbgare Zukunftsutopien, ignoriert aber die skandalösen Verhältnisse in der BVG. Derzeit werden Buslinien eingestampft, es werden U-Bahn-Takt-Leistungen verringert und nicht zuletzt, durch die derzeitige Krankheitssituation spitzt sich die

Lage noch weiter zu. Wir benötigen dringend mehr Busfahrer\*innen, U-Bahn-Fahrer\*innen und Straßenbahnfahrer\*innen. Die Busse sind überfüllt, die Menschen müssen lange in der Kälte warten – so sieht die aktuelle Situation aus. Von einer Verkehrswende keine Spur. Eine Magnetschwebbahn wird dieses Problem sicher nicht und schon gar nicht zeitnah lösen.

Die Magnetschwebbahn soll aus dem Sondervermögen Klimaschutz finanziert werden, das aber schon jetzt auf Grund des Verfassungsurteils zur Schuldenbremse in Frage gestellt ist. Effektiver, schneller und kostengünstiger wären neue Straßenbahntrassen. Diese könnten innerhalb von nur zwei Jahren bedient werden. U-Bahnen und vor allem eine Magnetschwebbahn sind deutlich kostenintensiver und

klimaschädlicher. Insbesondere setzen sie eine stark invasive Bautätigkeit voraus, die mehr als zehn Jahre braucht.

Was wir aber wirklich brauchen, ist eine Initiative für den schnellen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Eine Ausbildungsinitiative für mehr Personal, attraktive Arbeitsbedingungen, damit die offenen systemrelevanten Stellen besetzt werden können.

Daher halten wir als Partei DIE LINKE Diskussionen über eine Magnetschwebbahn für wenig zielführend und lächerlich für Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind. Der Nahverkehr kann verdoppelt werden, wenn jetzt investiert wird. Auf dem Land und in der Stadt wäre mit genügend Personal, mehr Bussen und Bahnen und günstigen Tickets mehr Mobilität für alle möglich –

bei weniger Verkehrsbelastung. Die Bundesregierung kann wie beim Deutschlandticket den ÖPNV jetzt direkt mit unterstützen.

Wir als Partei »DIE LINKE« unterstützen daher die Initiative »wir fahren zusammen«. Diese Initiative ist ein Zusammenschluss der Gewerkschaft ver.di und Fridays for Future. Sie setzt sich ein für gute Arbeitsbedingungen und mehr Personal für die Beschäftigten im Nahverkehr. ÖPNV braucht Zukunft und keine Hirngespinnste!



Brunhilde Van hove  
Mitglied des Bezirksvorstandes Friedrichshain-Kreuzberg

Gastartikel:

## 25.000 mal Nein zur Urbanen Mitte



Die Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck hat fast 25.000 Unterschriften gegen die Bebauungspläne gesammelt.

Am Gleisdreieckpark plant ein privater Investor unter dem Projekttitel »Urbane Mitte« sieben Bürohochhäuser zu bauen. Das beliebte Stadtgrün soll für noch mehr Büroräume verschwinden. Bezahlbaren oder sozialen Wohnraum, was der Bezirk dringend gebrauchen könnte, soll es dagegen nicht geben. Doch der Widerstand gegen die Bürohochhäuser im Gleisdreieck wird breiter. In nur fünf Monaten hat

die Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck knapp 25.000 Unterschriften für eine Petition – online und auf Papier – gesammelt, in der die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung und des Abgeordnetenhauses aufgefordert werden, »den Bebauungsplänen mit den sieben Hochhäusern der Urbanen Mitte nicht zuzustimmen, sondern sich stattdessen für einen Neustart der Planungen einzusetzen.«

Die Pläne für die Urbane Mitte stammen aus dem vorletzten Jahrzehnt. Schon damals stieß die Bebauung am Rand des Westparks auf Kritik. Heute ist das Projekt angesichts der Klimakrise und den stadtpolitischen Veränderungen vollkommen aus der Zeit gefallen. Die Glastürme heizen das Klima auf und zerstören die Funktion des Parks für Mensch und Umwelt. Statt preiswerter und dringend notwendiger Wohnungen sind dort ausschließlich Büros und Gewerbeflächen vorgesehen. Das einzige, was an der Urbanen Mitte funktioniert, ist die Spekulation. Das Grundstück, einst für 8 Mio. Euro gekauft, sei, so der Investor gegenüber den Anlegern, inzwischen rund 150 Mio. wert. Trotzdem fand die Urbane Mitte lange Zeit Zustimmung bei allen Parteien außer der Linken. Der jahrelangen Mobilisierung der Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck ist es zu verdanken, dass dieses Bauvorhaben nun wackelt. 579 kritische Einwendungen gegen den Bebauungsplan wurden 2020/21 geschrieben, Open-Air-Infoveranstaltungen und Mahnwachen organisiert, Medienarbeit aufgebaut. Bereits beim Runden Tisch zur Urbanen Mitte, den Baustadtrat Florian Schmidt auf Beschluss der BVV organisieren musste, zeigte sich, dass

diese Arbeit Resonanz findet, als 250 aufgebrachte Zuschauer\*innen »Stimmung« machten, in dem sie ihre Meinung deutlich und lautstark zum Ausdruck brachten. Der Investor aber lehnt Kompromisse ab und beruft sich auf einen städtebaulichen Rahmenvertrag von 2005, der eine großzügige Entschädigungsregel vorsieht. Ein Rechtsgutachten, das die Arbeitsgemeinschaft im August vorgelegt hat, kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass aus dem Rahmenvertrag keine Entschädigungsforderung abzuleiten ist. Dies hat neue Bewegung in die politische Diskussion gebracht. Das Rechtsgutachten sowie der 2000-seitige Abwägungsbericht zu den Einwendungen der Bürger\*innen wird im nächsten Jahr in den Ausschüssen und in der BVV beraten. Mit der Übergabe der fast 25.000 Unterschriften in der letzten BVV des Jahres hat die Initiative noch einmal deutlich gemacht, dass Bürger\*innen von den Abgeordneten erwarten, die Interessen von Mensch und Natur im Bezirk zu verfolgen und sich nicht durch Erpressungen zu Marionetten eines Investors machen lassen.

Günter Piening,  
Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck

## Termine

**Der Rote Laden**

Weidenweg 17, 10249 Berlin  
Telefon: 030/4262687  
E-Mail: info@dielinke-fk.de

**Bürozeiten:**

Montag: 9.00–16.00 Uhr,  
Dienstag & Donnerstag: 10.00–18.00 Uhr,  
Mittwoch: 11.00–18.00 Uhr,  
Freitag: Geschlossen

**Veranstaltungen Januar/Februar 2024****Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB**

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin  
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

**Bürge\*innensprechstunde:**

Do., 11.01., 16.00–17.00 Uhr  
Do., 15.02., 16.00–18.00 Uhr  
Anmeldung: pascal.meiser.wk@bundestag.de

**Kostenlose rechtliche Erstberatung:**

Mi., 17.01. und 21.02., 15.00–17.00 Uhr  
Anmeldung: pascal.meiser.wk@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA**

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin  
Telefon: 030/69507925  
E-Mail: buero@elif-eralp.de  
Öffnungszeiten: Mo., 10.00–16.00 Uhr  
und Mi., 12.00–18.00 Uhr

**Bürge\*innensprechstunde:**

Mo., 22.01., 16.00–18.00 Uhr und  
Mo., 19.02., 16.00–18.00 Uhr

**Rechtliche Erstberatung für Aufenthalts- und Antidiskriminierungsrecht:**

29.01. und 26.02., 16.00–18.00 Uhr

**Kontakt Damiano Valgolio, MdA**

DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg  
Weidenweg 17, 10249 Berlin  
Telefon: 0179/5454784  
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

**Bürge\*innensprechstunde:**

24.01. und 21.02., 16.30–18.00 Uhr,  
Centro Sociale (Wahlkreisbüro)  
Richard-Sorge-Straße 69a, 10249 Berlin,  
um Anmeldung wird gebeten

**Kostenlose Rechtsberatung:**

18.01. und 15.02., 15.00–17.00 Uhr, Ort:  
Centro Sociale (Wahlkreisbüro)  
Richard-Sorge-Straße 69a, 10249 Berlin,  
um Anmeldung wird gebeten

**Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA**

Weidenweg 17, 10249 Berlin  
Telefon: 030/42801476  
E-Mail: buero@zillich.berlin

**Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung**

mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und  
Kolleg\*innen (Anmeldung erforderlich):  
Do., 11.01., 14.00–16.00 Uhr,  
Do., 08.02., 14.00–16.00 Uhr

**Ortsverband Friedrichshain Südost**

■ Mitgliedertreffen: (Roter Laden)  
08.01. und 05.02., 19.00 Uhr

**Ortsverband Friedrichshain Nordost**

■ Mitgliedertreffen: (Roter Laden)  
18.01., und 15.02., 19.00 Uhr

**Ortsverband Friedrichshain West**

■ Stammtisch: 18.01. und 15.02., 19.00 Uhr,  
im »Degendorff«, Petersburger Straße 74 a

■ Mitgliedertreffen: 23.01., 18.30 Uhr  
Volkssolidarität Koppenstraße 62 und  
27.02., 18.30 Uhr, Roter Laden

**Ortsverband Kreuzberg**

■ Mitgliederversammlung: So., 07.01.,  
11.00 Uhr (Jahresaufakt im Bürgerbüro) und  
Do., 01.02., 19.00 Uhr im Familiengarten,  
Oranienstraße 34, HH

■ Social Media AG Kreuzberg: Mi, 17.01. und  
21.02., jeweils 19.00 Uhr, WKB Meiser/Eralp,  
Zeughofstraße 22

**AK Rote Beete für sozial-ökologischen Umbau**

■ Monatliches Treffen: Do., 11.01. und 08.02.,  
jeweils 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro Meiser/  
Eralp, Zeughofstraße 22



# Landes-Mindestlohn: 14 Euro!

## Damit man von Arbeit leben kann

Die Preise explodieren, vor allem für Lebensmittel und Energie. Deshalb müssen auch die Löhne steigen, sonst zahlen die arbeitenden Menschen die Zeche für die Inflation. Vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen sind längst an ihrer Belastungsgrenze. Deshalb hat die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus beantragt, dass der Landesmindestlohn auf 14 Euro brutto pro Stunde angehoben wird. Denn wer arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können. Bereits 2022 hat DIE LINKE in Berlin dafür gesorgt, dass der Landesmindestlohn auf 13 Euro pro Stunde gestiegen ist. Jetzt ist angesichts der Preisentwicklung eine weitere kräftige Erhöhung nötig. Der neue Senat aus CDU und SPD bewegt sich bisher nicht und lässt die Beschäftigten im Regen stehen. Aber wir werden weiter Druck machen.

Der Landesmindestlohn hat eine besondere Bedeutung, weil er für die Menschen gilt, die im öffentlichen Auftrag die Stadt am Laufen halten. In öffentlichen Unternehmen, bei sozialen Trägern und in geförderter Beschäftigung. Wer es mit dem Grundsatz »Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit« ernst meint, muss den Landesmindestlohn erhöhen. Auch das Europarecht spricht sich für einen deutlich höheren Mindest-

lohn. Die EU-Mindestlohn-Richtlinie empfiehlt, dass schon der allgemeine Mindestlohn nicht weniger sein sollte als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Diese Schwelle liegt in Deutschland inzwischen bei rund 14 Euro brutto pro Stunde. Der Landesmindestlohn sollte etwas höher liegen, weil er nur für den öffentlichen Bereich gilt und in einer Stadt wie Berlin die Lebenshaltungskosten deutlich höher sind als in anderen Teilen des Landes. Von den Mieten ganz zu schweigen.

Die Erhöhung des Landesmindestlohns ist besonders dringend, weil die Ampel-Regierung auf Bundesebene nur eine minimale Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns beschlossen hat. Auf gerade einmal 12,41 Euro soll der ab Januar 2024 ansteigen. Angesichts der Preisexplosion bedeutet die mickrige Erhöhung für die Betroffenen real einen massiven Einkommensverlust. Auch viele SPDler haben – zu Recht – die völlig ungenügende Erhöhung des Bundesmindestlohns kritisiert. Allen voran die Berliner Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe. Doch das sind leere Worte, denn in Berlin hat die SPD im Koalitionsvertrag mit der CDU vereinbart, dass auch der Landesmindestlohn immer nur so stark ansteigen soll, wie der Bundesmindestlohn. Dabei wäre

in Berlin eine progressive Mehrheit für einen Landesmindestlohn von 14 Euro möglich – doch die SPD lässt die Beschäftigten im Regen stehen. Unser Antrag im Abgeordnetenhaus hat neben der reinen Erhöhung des Mindestlohns noch einen weiteren wichtigen Punkt: Zuschläge, etwa für Nachtarbeit, sollen mit dem Mindestlohn nicht schon abgegolten sein, sondern oben drauf kommen. Denn der Landesmindestlohn stellt eine absolute Lohnuntergrenze dar. Und zwar für Arbeit unter normalen Bedingungen. Wenn ein Mindestlohn-Beschäftigter unter besonders belastenden Umständen arbeiten muss, dann soll sich das für ihn auch auszahlen. Außerdem bleiben so das betriebliche Lohngefüge und die Abstände erhalten. Wenn innerbetrieblich für bestimmte Arbeitsumstände eine höhere Vergütung vorgesehen ist, dann soll diese Unterscheidung durch den Mindestlohn nicht eingeebnet werden. Deshalb müssen auch für Mindestlohn-Beschäftigte die Zuschläge immer oben drauf kommen.



Damiano Valgolio,  
Mitglied des  
Abgeordnetenhauses

## BITTE UNTERSTÜTZE

## DIE LINKE IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

# AKTIV!



Mitglied werden unter  
[www.die-linke.de/mitmachen/  
mitglied-werden](http://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden)



Spenden an DIE LINKE LV Berlin  
IBAN: DE59 100708480525607803  
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

# Die Linke

Friedrichshain-  
Kreuzberg

**Impressum:**

Redaktionsschluss: 22. Dezember 2023  
Herausgeberin: DIE LINKE, Friedrichshain-  
Kreuzberg, Tel: 030/4262687  
Gedruckt auf Recyclingpapier.

[www.dielinke-fk.de](http://www.dielinke-fk.de)  
[www.facebook.com/DIELINKE.FK](https://www.facebook.com/DIELINKE.FK)  
Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de  
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.),  
Damiano Valgolio

**Kontakt Fraktion DIE LINKE in der  
BVV Friedrichshain-Kreuzberg:**  
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin  
Telefon: (030) 90298-2599  
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de